

Straßenausbaubeitrag erregt Gemüter

In den Gebühren sieht der Verband Wohneigentum eine Ungerechtigkeit. Der Landespräsident kündigt rechtliche Schritte an.

Von Willi Fischer

Kirchenlamitz – Sigmund Schauer ist wütend. Bei der Jahreshauptversammlung der Kirchenlamitzer Siedlergemeinschaft wandte sich der Landespräsident des Verbands Wohneigentum entschieden gegen die Straßenausbaubeiträge. Er kündigte an, dass der Verband rechtlich dagegen vorgehen will.

„Die Kommunen lassen ihre Straßen vergammeln“, wetterte Schauer, „dann müssen sie neu ausgebaut und dafür Straßenausbaubeiträge erhoben werden.“

Er erkannte eine gewisse Ungerechtigkeit: Autobahnen und Bundesstraßen würden vollständig vom Bund, Land- und Staatsstraßen vollständig von den Ländern bezahlt. Nur bei den kommunalen Straßen weiche man davon ab undbürde die Kosten zum größten Teil den Anliegern auf. Dabei würden die kommunalen Straßen von allen genutzt. „Deshalb müssen die Kosten für solche Gemeinschaftseinrichtungen auch von der Allgemeinheit getragen werden“, so Schauers Forderung. In Berlin und Baden-Württemberg laufe die Finanzierung bereits über allgemeine Steuermittel. Außerdem hätten von den über 2000 bayerischen Gemeinden 500 keine Straßenausbaubeitragssatzung.

Auch nach der im Februar 2016 vom Landtag beschlossenen Änderung des Kommunalabgabengesetzes

soll die finanzielle Beteiligung der Bürger an Sanierung und Ausbau innerörtlicher Straßen beibehalten werden. Neu ist, dass die Möglichkeit besteht, anstelle eines einmaligen



„Die Kommunen lassen ihre Straßen vergammeln.“
Sigmund Schauer,
Landespräsident Verband
Wohneigentum

Beitrags alternativ wiederkehrende Beiträge zu erheben. „Was daran ein Fortschritt sein soll, leuchtet mir nicht ein“, sagte Schauer. Danach könnte Kirchenlamitz die wiederkehrenden Leistungen auf alle Grundstückseigentümer aufteilen

und jährlich einen Beitrag erheben.

Schauer erinnerte daran, dass der Ausbauraufwand auf das notwendige zu beschränken ist. Mehrkosten für teureres Pflaster oder aufwendige Straßenlaternen müssten die Kommunen künftig selbst bezahlen. Vorgeschrieben sei auch, dass die Anlieger rechtzeitig über eine beitragspflichtige Straßenbaumaßnahme informiert werden, damit sie auch die Möglichkeit haben, sich in den Planungsprozess einzubringen.

Abschließend gab der Präsident bekannt, dass der Verband sich auf einen Rechtsstreit vorbereite. Ein fachkundiger Professor sei damit beauftragt, ein Rechtsgutachten zu den Straßenausbaubeiträgen zu erstellen. Dabei soll vor allem die Verfassungsmäßigkeit geprüft werden. Gegen

diese spreche, dass die Beiträge:

- ungerecht sind, weil höherrangige Straßen vollständig vom Bund oder den Ländern finanziert werden. Ledig bei den kommunalen Straßen wird von dem Prinzip abgewichen.

- ungleich sind, weil die Situation des Bürgers nicht nur vom jeweiligen Bundesland, sondern von der zufälligen Lage seines Grundstücks abhängig ist.

- unsozial sind, denn ist das Haus endlich abbezahlt, kommen auf den Anlieger erneut hohe Kosten für den Straßenbau zu. „Sozial ist das nicht.“

Schauer hatte sich vor seinem mit Beifall bedachten Referat auch über die Kirchenlamitzer Verhältnisse informiert. Er stellte fest, dass er auf der Homepage der Stadt ein Formblatt vermisst, mit dem Bürger Straßenschäden melden können, damit diese zeitgerecht beseitigt werden.